

Tages-Anzeiger
8021 Zürich
044/ 248 44 11
www.tagesanzeiger.ch

Medienort: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 188'602
Erscheinungsweise: 6x wöchentlich

Themen-Nr.: 272.3
Abo-Nr.: 272003
Seite: 45
Fläche: 30'147 mm²

Experten raten den Schweizer Banken zu schnellem Handeln

Plan B im Steuerstreit mit den USA kann rasch starten. Washington dürfte mehr an einer Lösung des Konflikts liegen als an einer weiteren Klage gegen eine Bank.

Von Walter Niederberger, San Francisco

Eine offizielle Antwort aus Washington steht zwar noch aus. Doch der Plan, individuelle Vergleiche mit der US-Regierung zu erlauben, nimmt die 12 unmittelbar von einer Klage bedrohten Institute vom Radar der US-Justiz. Entscheidend ist nach Ansicht von Rechtsexperten, ob ein grosses Mittelfeld von 50 bis 80 Banken mitzieht.

Die USA wollen vom Bundesrat eine schriftliche Garantie, dass er Plan B aktiv umsetzen hilft. Eine ähnliche Zusage war schon immer Teil der US-Forderungen, und sie sollte erfüllbar sein. «Der Bundesrat hat diese Woche schon klargemacht, dass er eine Lösung nach bestem Wissen und Gewissen anstrebt», sagt Steueranwalt Bill Sharp. «Der Bundesrat schickt auch eine klare Botschaft an alle betroffenen Banken, sich nun aktiv um eine Einigung zu bemühen und nicht länger zuzuwarten.» Dieser Goodwill werde in Washington durchaus wahrgenommen, umso mehr, als auch das Parlament mit seiner Erklärung vom Juni den Willen zur Lösung des Steuerkonflikts beteuert hat. Der Einbezug möglichst vieler Banken sei zudem wichtig, weil das neue Fatca-Abkommen bereits eine Reihe von Banken zur Lieferung von Daten an die USA verpflichtet. Die geforderte Garantie sei deshalb für den Bundesrat kein Problem, sagt Martin Naville, Direktor der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer.

Auch eine Frist zur Abwicklung des Programms ist nach Ansicht von Rechtsexperten nicht ungewöhnlich. «Sollte sich die US-Regierung wegen einer zögerlichen Abwicklung abblockt und frustriert sehen, so ist eine weitere Klage

gegen eine Schweizer Bank plausibel», sagte Sharp. «Doch ist die US-Regierung nicht scharf darauf, eine weitere Bank anzuklagen.» Diese Meinung teilt Finanzprofessor Alfred Mettler von der Universität Georgia. Aus Sicht der USA sei es nachvollziehbar, dass der Nationalrat im Juni einen Vorschlag der Regierung abgelehnt habe. Akzeptabel wäre nur nicht, wenn die Schweizer Banken das neue Programm unterlaufen würden. Ein Grund, weshalb die USA nicht eine weitere Bank ausschalten wollen, ist das Finanzgeschäft selber. «Kein Banker oder Financier aus der Schweiz wagt es noch, in die USA zu reisen», so Sharp. «Meine Kanzlei vertritt zahlreiche US-Firmen, die auf Schweizer Banken angewiesen sind. Sie beklagen, dass der Bezug von Krediten in den letzten Monaten deutlich schwieriger geworden ist. Eine Klage würde die Beziehungen nur noch mehr belasten und entsprechend auch US-Firmen schaden.»

USA wollen keine Eskalation

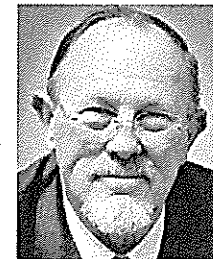
Den nächsten Schritt muss trotzdem der Bundesrat tun. Die Regierung dürfte noch vor dem Beginn der politischen Sommerpause in Washington im August den USA ihre konkrete Offerte vorlegen. Auf eine Antwort müsste kaum lange gewartet werden, da sich der Bundesrat ja zur raschen Lösung verpflichtet hat.

«Das Letzte, was die USA wollen, ist eine erneute Eskalation», so Naville. «Die Lieferung weiterer Daten kann in naher Zukunft beginnen», bestätigt Sharp. Und zwar wahrscheinlich in zwei Etappen: In einem ersten Umgang haben die Banken drei bis vier Monate Zeit, um sich ins Programm einzuklinken. Anschliessend bleiben drei bis sechs Monate, um die verlangten Unterlagen - namentlich die Liste der zu anderen Banken abgewanderten US-Kunden - zu übergeben. Diese Fristen orientieren sich an denen des Facta-Abkommens.

Die «Abschleicher»-Listen erlauben den USA den Vergleich mit ihren laufenden Ermittlungen. Dabei steht ein reicher Datenschatz aus den rund 40 000 Selbstanzeigen von US-Steuersündern bereit. Durch ein Abgleichen der Listen

sollen die grossen, lohnenswerten Fälle ausgefiltert werden. Gleichzeitig müssten die Banken heute gut abschätzen können, wie oft und stark sie auf dem Radar der US-Justiz aufgetaucht sind. Sie müssen nämlich bei jeder Selbstanzeige eines ihrer Kunden Bankauszüge auf acht Jahre zurück aushändigen. Nur so kann der reuige Bankkunde eine der Auflagen erfüllen, um von der IRS eine Strafminderung zu bekommen.

Der Preis für eine Einigung hängt auch davon ab, ob und wie rasch die Schweizer Banken den Plan B übernehmen. Absehbar ist, dass die mitten in den Ermittlungen steckenden zwölf Institute ihren Vergleich rasch abschliessen wollen. Heikler ist Lage für 50 bis 80 Banken in einer Grauzone und mit einem relativ kleinen US-Kundenstamm. «Die Banken, die früh verhandeln, werden eine vorteilhaftere Lösung erzielen als jene, die zuwarten», meint Sharp. «Je mehr Zeit verrinnt, desto geringer das Entgegenkommen der USA.»



Bill Sharp

Der 58-jährige Sharp ist Partner einer auf internationale Steuerfragen spezialisierten Anwaltskanzlei mit Filialen in Florida und Zürich.



20 Minuten AG
8004 Zürich
044/ 248 68 20
www.20min.ch

Medienart: Print
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
Auflage: 189'063
Erscheinungsweise: 5x wöchentlich

Themen-Nr.: 272.3
Abo-Nr.: 272003
Seite: 17
Fläche: 2'085 mm²



GESAGT

«Den Amerikanern ist es egal, wie wir

das rechtsstaatlich lösen. Hauptsache, sie bekommen die Daten.»

Martin Naville

Laut dem Direktor der Handelskammer USA-Schweiz scheren sich die Amerikaner nicht um den politischen Hickhack betreffend Lex USA.